

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 24

Marie-Luise Dött, André Habisch, Angela Merkel, Christa Thoben

Aktive Bürger fördern

Sankt Augustin, Februar 2001

Redaktionelle Betreuung: Dr. Michael Schmitz und Gisela Reuter

Inhalt

Marie-Luise Dött Starker Bürger – Starker Staat Schule – soziales Netzwerk des 21. Jahrhunderts	5
André Habisch Wege der Mitverantwortung – gesellschaftliches Engagement heute	10
Angela Merkel Freiwillige Bürgerarbeit für eine demokratische Gesellschaft	18
Christa Thoben Bürgerfreundliche Kommunen und Ehrenamt	28
Die Autoren	32

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf einer Seite zusammengefasst.

Marie-Luise Dött

Starker Bürger – Starker Staat

Schule – soziales Netzwerk des 21. Jahrhunderts

Für die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts ist es wünschenswert, dass sie ein Ort ist, in dem in sozialen Netzwerken in Eigenverantwortung und Solidarität Lösungen gefunden und Ressourcen mobilisiert werden.

Die Funktionsfähigkeit einer modernen, freiheitlichen Gesellschaft ist abhängig vom gesellschaftlichen Engagement der Bürger, das sie z.B. durch ihren Einsatz in Politik, Wirtschaft, Vereinen, Verbänden, Hilfsorganisationen und Selbsthilfegruppen einbringen.

In früheren Jahren stellte die Familie ein wichtiges soziales Netzwerk dar, aus der heraus im Rahmen eigener Möglichkeiten Hilfe in individuellen Notlagen gegeben werden konnte. Gleichzeitig war sie ein Ort der Vermittlung sozialer Werte und Normen, der somit auch soziales Kapital¹ produzierte. In beiden Bereichen hat die Familie sehr stark an Bedeutung verloren. Diese Entwicklung muss auf Dauer zwangsläufig zu einem Rückgang sozialer Kompetenz führen, wenn nicht gleichzeitig die mit diesem gesellschaftlichen Wandel verbundene Chance zum Herausbilden neuer Strukturen und Netzwerke des sozialen Engagements genutzt wird. Deshalb muss es als eine unserer dringendsten gesellschaftspolitischen Aufgaben gesehen werden, die Bereitschaft des Einzelnen, sich über die eigenen Interessen hinaus auch für andere zu engagieren und dadurch das Gemeinwohl zu fördern, stärker anzuerkennen, zu würdigen und zu unterstützen.

Wichtig ist ein frühzeitiges Erlernen gesellschaftlichen, sozialen Engagements als eigenständiger Mensch und verantwortungsvolles Mitglied der staatlichen

¹ Sozialkapital meint die Vielfalt der vertrauensvollen sozialen Beziehungen der Menschen untereinander.

Gemeinschaft. Um dies zu erreichen, sollte vor allem auch die **Schule** in Zukunft **die Funktion eines sozialen Netzwerkes** übernehmen.

In den Schulen muss gemeinschaftliches Engagement als wesentlicher Bestandteil des erzieherischen Auftrages begriffen werden. Schüler sind frühzeitig an eigenverantwortliches Handeln für andere heranzuführen.

Schule und Bildung sind Aufgaben der gesamten Gesellschaft. Alle gesellschaftlichen Gruppen sind hier in der Verantwortung und müssen ihren Beitrag leisten. Notwendig ist daher eine Zusammenarbeit und Vernetzung verschiedenster Bereiche im Umfeld Schule. Eine der größten Herausforderungen besteht darin, jungen Menschen zu helfen, ein Teil der Gemeinschaft zu sein und die Fähigkeiten zu erlangen, die für das Leben in den nächsten 20 Jahren unentbehrlich sind, so z.B. Verantwortung, Eigenengagement, Partizipation und Sorge um die gesellschaftliche Kohäsion. Hierzu gilt es, die Grenzen zwischen Schule und Gesellschaft aufzubrechen², die Nutzung aller Mittel zu optimieren und die Augen für die im 21. Jahrhundert gefragten Fähigkeiten zu öffnen. Eine Kooperation und **Vernetzung von Schule** (Lehrer, Schülern, Schulleitung und Schulverwaltung), Eltern, Vereinen, Kirchen, Organisationen und Betrieben kann die Entwicklung sozialer Kompetenz und gesellschaftlichen Engagements bereits im Bereich Schule effektiv und nachhaltig fördern. Die Zusammenarbeit mit Vereinen und Kirchen kann die Schule im lokalen Umfeld verankern, die stärkere Einbindung der Berufspraxis der Eltern kann für eine bessere Vorbereitung der Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben sorgen.

Um eine gesellschaftliche Öffnung zu erreichen, ist eine Abänderung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen absolut unabdingbar. Die jetzigen Strukturen im Schulwesen sind für das 21. Jahrhundert weitgehend unbrauchbar. So müsste zum Beispiel die Schulaufsicht als Steuerungsinstanz in wichtigen Bereichen ersetzt werden. Elternhäuser und Schulen, die häufig gegeneinander abgedichtete Bereiche darstellen, sollten z.B. gemeinsam Erziehungsziele formulieren und diese auch jederzeit transparent überprüfen können. Profilierte

² Salisbury, Sir Robert: in „Jugend übernimmt Verantwortung“, Berlin 1999, S. 30 ff.

Schulprogramme könnten in Zukunft die Autonomie der Schulen stärken und gleichzeitig den konkreten Unterstützungsbedarf der jeweiligen Schule formulieren, der dann an andere gesellschaftliche Institutionen herangetragen und unter Umständen bereits von nichtstaatlicher Seite erfüllt werden kann. Durch die Schulprogramme kann eine wesentlich zielgenauere Steuerung der Zuweisung öffentlicher Gelder erreicht werden, wobei der Staat hier eher Kooperationspartner als pauschaler Geldgeber sein könnte. Zunächst müsste geklärt werden, was vom konkreten Unterstützungsbedarf der individuellen Schule aus dem Bereich des lokalen Umfeldes geleistet werden kann, sei es durch Eltern, durch Vereine oder durch Sponsoren aus der Wirtschaft. Die Schulleitung muss mehr als nur Schulverwaltung werden, sie muss sich zum Schulmanagement entwickeln.

Zahlreiche **Beispiele** für die Förderung von freiwilligem Engagement im Bereich Schule sind denkbar³:

- Schülertutoren/Schülermentoren: Schüler können z.B. zu Sportmentoren ausgebildet werden, die sich um die Bereiche Pausensport, Durchführung von Projekttagen und Arbeitsgemeinschaften kümmern oder bei Wettkämpfen mitwirken. Ihre Ausbildung ermöglicht es, den Mentoren eine offizielle Bescheinigung als Übungsleiter auszustellen. Weitere Bereiche wären: Musik, Verkehrserziehung, Technik, Nachhilfemaßnahmen, Medien, Gesundheitserziehung, Suchtprävention.
- Dokumentation im Zeugnis: Aktivitäten können auf einem gesonderten Beiblatt in die Zeugnismappen eingefügt werden.
- Auszeichnung (des Landes) ehrenamtlich arbeitender Jugendlicher/Schüler
- Jugendgruppenleiterstatus aufwerten: Jugendgruppenleiter haben die Möglichkeit eine ermäßigte *BahnCard* der Deutschen Bahn AG zu erwerben. Diese Möglichkeit zu erhalten bzw. auszubauen, wäre eine Anerkennung des Engagements der Jugendlichen. Neben dieser Anerkennung wird das umweltgerechte Mobilitätsverhalten gefördert.

³ Zukunftskommission Gesellschaft 2000, Staatsministerium Baden-Württemberg (Hg.), Stuttgart 2000, S.91 ff.

- Förderung des Sponsoringgedankens an Schulen: Geld- und Sachspenden an Schulen sollten nicht mehr pauschal als verwerfliche Versuche der Manipulation von Schülern durch Werbung betrachtet werden.
- Computerschulung durch externe Fachkräfte, die ihr Know-how auf freiwilliger Basis in Form von „Zeitspenden“ zur Verfügung stellen.
- Schnupperkurse von Vereinen: Vereine oder Initiativen können sich an der Schule vorstellen, ihr Engagement präsentieren und Schülerinnen und Schüler für ihr Wirken begeistern: z.B. Fußballturnier durch Fußballverein, Löschübung der Feuerwehr, Vorstellung von Projekten im Freiwilligenjahr.
- Qualifizierung von Schülern durch Vereine, z.B. Erste-Hilfe-Ausbildung durch Rotes Kreuz, Malteser Hilfsdienst oder Johanniter.
- Berücksichtigung ehrenamtlichen Engagements bei der Studienortwahl (ZVS).
- Telefonaktion zum Ehrenamt: Telefonaktion, bei der Experten zum Ortstarif für die Beratung zu den Themen Ehrenamt und Vereinsbesteuerung, Jugend, Sport und Musik zur Verfügung stehen. Die Kosten könnten vom Kultusministerium getragen werden.
- Freiwilliges Jahr im Ehrenamt: Entsprechend dem freiwilligen ökologischen/sozialen Jahr könnte ein freiwilliges Jahr im Ehrenamt eingeführt werden. Diese Idee müsste jugendgerecht im Internet präsentiert werden.
- Eigeninitiativen, die in vielen Schulen unter eigener Regie durchgeführt werden, wie z.B. Computerkurse für Senioren oder Patenschaften für Schulen in der Dritten Welt, führen bereits heute zu veränderten Einstellungen bei Schülern und eröffnen den jungen Menschen Einblicke, z.B. bei der Betreuung von Behinderten, die ihnen sonst in der Schule nicht ermöglicht werden.
- Ehrenamtsbüros: Unterstützung (des Landes) bei der Ausbildung von Ehrenamtsberatern für Verbände und Vereine in den Bereichen Recht, Steuern, Marketing, EDV, Öffentlichkeitsarbeit und Sponsoring.

Die Möglichkeiten durch konkrete Initiativen die Bereitschaft des Einzelnen zu fördern, sich über die eigenen Interessen hinaus auch für das Gemeinwohl zu engagieren, sind also vielfältig.

Ich glaube, dass eine tiefgreifende Veränderung der Schule eine großartige Chance darstellen würde, in der Gesellschaft einen grundlegenden Bewusstseinswandel herbeizuführen. Nicht eine bürokratische, streng hierarchisch strukturierte Organisation von Schule, sondern eine stärker dezentralisierte Bildungseinrichtung, die in der Verantwortung der an der Schule beteiligten Menschen steht, wird die Schule der Zukunft sein.

Wenn es gelingt, in den nachfolgenden Generationen die Bereitschaft zu einem verantwortungsvollen, solidarischen Miteinander zu stärken, werden wir die anstehenden Herausforderungen des 21. Jahrhunderts gemeinsam besser bewältigen.

André Habisch

Wege der Mitverantwortung – Gesellschaftliches Engagement heute

Vor kurzem hat die CSU-Grundsatzkommission in München eine Tagung zum Thema 'Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft' ausgerichtet. Hauptredner war Roland Berger von der gleichnamigen Unternehmensberatung. Berger redete 90 Minuten lang ohne Pause (als Hochschullehrer würde man das nie wagen) und vermittelte Powerpoint unterlegt vielfältige Details über die new economy in den USA. Er berichtete über Aktienkurse und Geschäftsentwicklung, über Lohnentwicklung und Arbeitszeitflexibilisierung. Doch als die Rede auf die Gesellschaftspolitik kam, blieben seine Ausführungen oberflächlich. Von der Bedeutung der Bürgergesellschaft war die Rede und dass es wegen der schnellen Veränderungen in der Wirtschaft auch Konstanten im Bereich der Werte geben müsse. Dem wird man in dieser Allgemeinheit nur zustimmen können, doch woher sollen diese Werte kommen, und was ist die Aufgabe der Politik dabei?

Das Missverhältnis zwischen einer ganz detaillierten Kenntnis der *ökonomischen* Innovationen der Amerikaner bei nur oberflächlichen Vorstellungen bezüglich der dazu gehörigen *gesellschaftspolitischen* Instrumente scheint mir keine Eigenart von Roland Berger zu sein: Es ist systematisch für die gesamte öffentliche Wahrnehmung in unserem Land. Jeder weiß um die mächtigen US-Pensionsfonds, die die großen Aktiengesellschaften mit ihren Renditeforderungen unter Druck setzen, aber kaum jemand weiß um die ausgefeilten 'Community Management'-Programme der Clinton Administration; unbekannt ist, dass 'Erziehung zu bürgerschaftlichem Engagement' Lehrinhalt in vielen amerikanischen Schulen ist und dass große amerikanische Unternehmen als 'Corporate Citizens' Mitverantwortung für die Lösung von Ordnungsproblemen übernehmen. Ich will nun nicht behaupten, dass wir Deutsche in Sachen Gesellschaftspolitik prinzipiell Lernbedarf bei den Amerikanern hätten, aber wenn man schon Veränderungen protokol-

liert, dann muss man doch beide Seiten dessen zur Kenntnis nehmen, was sich in den USA in den letzten anderthalb Dekaden verändert hat.

Konkret gesagt: Die amerikanische Politik hat vor allem in den 80er Jahren dereguliert und flexibilisiert und wir als Deutsche – da stimme ich mit Roland Berger vollkommen überein – haben hier nach wie vor einen gewaltigen Nachholbedarf (der angesichts dessen, was die Regierung Schröder für die Legislaturperiode 2002 auf die politische Tagesordnung gesetzt hat, eher noch zu steigen droht). Doch die amerikanische Politik hat mehr getan. Sie hat bereits unter George Bush und angeregt durch Berater wie Robert D. Putnam ebenso unter Bill Clinton kräftige Impulse zur Mobilisierung bürgerschaftlichen Engagements gesetzt. Beides – wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik und engagementorientierte Gesellschaftspolitik – gehören eng zusammen und müssen als zwei Seiten einer Medaille verstanden werden. Denn beide sind im Grunde mit demselben weltanschaulichen Wasserzeichen durchwirkt:

1. einem Menschenbild, das den Menschen in abendländisch-christlicher Tradition als eigenverantwortliches Wirtschaftssubjekt, aber auch als 'zoon politikon' in seiner demokratischen Mitverantwortlichkeit ernst nimmt;
2. einem Gesellschaftsmodell, das nicht an einer wie auch immer zisierten Variante des Klassenkampfes orientiert ist, sondern am Grundkonzept der Gesellschaft als sozialer Veranstaltung, von der bei geeigneten Rahmenbedingungen alle Schichten und Gruppen profitieren können;
3. einem Zukunftsverhältnis, das mit oder ohne christlich fundierte Hoffnung die Chancen des 21. Jahrhundert zu ihrem Ausgangspunkt macht und von daher verantwortlich mit den absehbaren Folgeprobleme umzugehen versucht.

Altes und Neues im Konzept der Bürgergesellschaft

Diese Aufzählung macht deutlich: Was unter dem neuen Stichwort 'Bürgergesellschaft' firmiert, das ist für die Tradition christlich-demokratischer Politik in Deutschland bei weitem nichts Neues. Sind die wissenschaftlichen Vertreter des Konzepts diesseits und jenseits des Atlantiks vor allem konvertierte Sozialdemo-

kraten, so mag für die CDU gerade das vielfältige 'deja-vue' Erlebnis ein Grund dafür sein, die Thematik nicht ernst genug zu nehmen.

Zu nennen ist hier etwa das Subsidiaritätsprinzip, und zwar gerade in seiner doppelten Bedeutung des Vorrangs der kleineren Einheit einerseits und der flankierenden und stimulierenden Funktion andererseits.

Zu nennen ist die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft, die in ihrer ursprünglichen Fassung etwa bei Eucken und Böhm immer beides war: Wirtschaftspolitik und Gesellschaftspolitik, mithin die anspruchsvolle Leitvision einer ausbalancierten Politik, die Solidarität durch Wettbewerb unter mächtigen Anbietern herstellen und komplementär Sozialpolitik für den Markt – etwa durch Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten – schaffen wollte.

Zu nennen ist der föderale Staatsaufbau der Bundesrepublik mit einer sehr weitgehenden kommunalen Autonomie und Partizipationsmöglichkeiten für die Bürger.

Zu nennen ist das Verbändewesen in Deutschland, das etwa im Wohlfahrtsbereich vielfältiges ehrenamtliches Engagement mobilisiert und damit einen Gegenpol zu bloßen Funktionärsperspektiven geboten hat. Auch die IHKs mit ihren Gremien, die Betriebsräte, die Tarifpartner etc. sind hier zu nennen.

Doch die Verwandtschaft aller dieser Traditionselemente christdemokratischer Gesellschaftspolitik zur Bürgergesellschaftsdiskussion stellt auch eine Gefahr dar. Auch im Haushalt ist es einfacher, ein neu erworbenes Möbelstück zu würdigen, als die zeitlose Schönheit des altvertrauten Schrankes in noch einmal ganz neuem Zusammenhang wahrzunehmen. Die oft gehörte Bemerkung 'Kennen wir doch alles schon / machen wir doch alles schon' ist der Sargnagel einer Politik, die selbstzufrieden die innere Beweglichkeit verliert und den Anschluss an relevante Veränderungen verpasst. Deshalb sollten wir auch das Neue der Diskussion um Bürgerschaftliches Engagement nicht aus den Augen verlieren:

Sie zielt darauf ab, den Kreis der Engagierten über die üblichen Verdächtigen (in Bayern 'Gschaftlhuber' genannt) hinaus auszudehnen und möglichst viele 'Betroffene' zu Beteiligten zu machen. Immer wieder andere Bürger aus möglichst unterschiedlichen Gruppen und beruflichen Kontexten sollten sich einmischen und engagieren; denn nur so fließen auch verschiedene Perspektiven und Hintergrundinformationen in den bürgerschaftlichen Entscheidungsprozess mit ein. Vor Ort findet dann Verständigung über die Grenzen wechselseitiger Vorurteile oder Stereotypen hinweg statt.

Wo sich aber der Software-Entwickler, die Besitzerin einer Werbeagentur, die Erzieherin und der Verwaltungsbeamte ehrenamtlich für den Internetauftritt einer sozialen Einrichtung engagieren sollen; wo Mitarbeiter der örtlichen Kindertagesstätte und des Jugendreferates, eine Fachhochschullehrerin sowie der Personalreferent eines mittelständischen Betriebes Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf in ihrer Kommune erarbeiten sollen; und wo der Arbeitsamtsreferent, die Hauptschullehrerin, eine Mitarbeiterin des städtischen Kulturreferats und zwei Handwerksmeister eine Initiative zur besseren Integration ausländischer Jugendlicher planen sollen: Da müssen über die eingetretenen Pfade hinaus neue Kooperationsformen gesucht werden.

Um es klar zu sagen: Ohne solche bürgerschaftlichen Initiativen wird ein Gemeinwesen im 21. Jahrhundert seine vielfältigen sozialen Aufgaben nicht mehr bewältigen können. Doch um solche Initiativen zu wecken, bedarf es einer neuen Sozialkultur und auch neuer unterstützender Strukturen in Politik und Bildungswesen, Wirtschaft und Verwaltung.

Zunächst bedarf es einer neuen Sozialkultur: Mit wohlfeilen Sonntagsreden zur Bedeutung des Ehrenamtes ist es hier ebenso wenig getan wie mit intellektuellen Sandkastenspielen zur 'Tätigkeitsgesellschaft' und einer 'sozialen Ökonomie'. Was wir wirklich brauchen, ist etwa eine eigene Spalte 'Soziales Engagement' vom Grundschulzeugnis über das Hochschuldiplom bis hin zum Bewerbungsgespräch: *Wo* sich jemand *in welchem Umfang* engagiert und *mit wem* er dabei zusammengekommen ist, das sagt mehr über seine Persönlichkeit aus als

Kleidung oder auch manche Zeugnisnote. Wer sich nicht engagiert, der hat vielleicht pflegebedürftige Angehörige zu versorgen. Doch solange der 10monatige Egotrip in die Karibik im Bewerbungsgespräch mit verständnisvollen oder gar neidischen Blicken quittiert, das freiwillige Engagement in Verein oder lokaler Initiative aber nur als gefährliche Konkurrenz wahrgenommen wird, so lange sind wir bei der Ausbildung einer Sozialkultur bürgerschaftlichen Engagements noch in den Kinderschuhen. Die soziale Kompetenz, deren Bedeutung im 21. Jahrhundert immer wichtiger wird, verlangt hier eine andere Schwerpunktsetzung. Die Kosten mangelnder sozialer Kompetenz gehen in Wirtschaft, Verwaltung und bekanntlich auch Politik in die Milliarden – eine Biographie, die hier nichts vorzuweisen hat, lässt auf beträchtliche Defizite der Persönlichkeitsbildung schließen und zeigt sich als für Führungsaufgaben nicht geeignet.

Doch das bürgerschaftliche Engagement braucht auch eine neue 'soziale Infrastruktur'. Die empirischen Befunde zeigen, dass es nicht die in 'Zeitwohlstand' lebenden Arbeitslosen, Hausfrauen oder auch Rentner sind, die sich am meisten engagieren, sondern allemal beruflich stark eingebundene Vollzeitbeschäftigte. Doch deren Aktivitäten setzen voraus:

- a) zeitliche Überschaubarkeit und sinnvolle Ausstiegsmöglichkeiten: die lebenslange Selbstverpflichtung als Caritas- oder AWO-Helfer ist jedenfalls in der jüngeren Generation stark rückläufig;
- b) sinnvoller Bezug zur eigenen Tätigkeit inklusive flankierender Qualifizierungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten;
- c) die Aussicht darauf, auch wirklich etwas zu bewegen: Viele Agenda-21-Veranstaltungen laufen sich nach hoffnungsvollem Start zu Tode, weil die Teilnehmer den Eindruck haben, hier komme außer viel Papier letztlich doch nichts heraus. Dies setzt unter Umständen professionelle Begleitung, etwa durch hauptamtliche Kräfte, voraus. Ein Kollege aus der Enquete-Kommission *Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements* hat diesen Aspekt unter dem Stichwort 'Möglichkeitsstrukturen' zusammengefasst: Diese können von der kommunalen Verwaltung, aber auch wiederum von bürgerschaftlichen Initiativen oder auch Unternehmen zur Verfügung gestellt werden.

Bürgerschaftliches Engagement und die Rolle der Politik

Viele US-Unternehmen fahren 'Corporate Volunteering'-Programme, in denen sie ihre Mitarbeiter zum Engagement freistellen oder anders motivieren und dabei von deren Erfahrungen ihrerseits wiederum profitieren.

Private Initiativen können die Mobilisierung von Engagementpotentialen zum Ziel haben. So bemüht sich ein Bekannter im Raum Stuttgart gegenwärtig darum, eine 'Stiftung für Stiftungen' zu gründen: Die deutsche Stiftungskultur soll dadurch belebt werden, dass die beabsichtigte Stiftungs-Stiftung rechtliche Beratung und für ein Jahr auch die Verwaltungskosten 'kleiner' Stiftungen übernimmt: eine wichtige Flankierung zur zweiten Stufe der Reform des Stiftungsrechts, die demnächst im Bundestag beschlossen werden soll.

Die aus der deutschen Industrie heraus gegründete 'Initiative für Beschäftigung!' ist ein Netzwerk von Netzwerken, das lokalen Beschäftigungsinitiativen von Kommunalpolitik, regionaler Wirtschaft, Gewerkschaften, Bildungseinrichtungen etc. eine institutionelle Plattform für ihre Arbeit verschaffen soll.

Intelligent konstruierte Förderprogramme wie etwa der noch von Jürgen Rüttgers angestoßene InnoRegio-Wettbewerb in den neuen Bundesländern binden nicht unbedeutende Fördersummen an das Zustandekommen lokaler Innovationsforen, die vielfältiges bürgerschaftliches Engagement wecken. Bereichsübergreifende Netzwerke zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Bildungs- und Kultureinrichtungen wirken hier als stimulierendes 'soziales Kapital' ihrer Region auch dann, wenn diese im Wettbewerb schließlich nicht zum Zuge kommen konnte. Über bürgerschaftliche Netzwerkbildung werden dabei Multiplikatoreffekte für die regionale Strukturpolitik erreicht. Hier zeichnet sich ein neues Paradigma öffentlicher Förderung ab, dessen Ziel ganz wesentlich in der Mobilisierung und flankierenden Unterstützung lokaler Initiativen liegt: einer Gesellschafts-Ordnungspolitik, wie man dies in Anschluss an die Tradition der Sozialen Marktwirtschaft nennen mag.

Natürlich zeigt der InnoRegio-Wettbewerb, den wir in Eichstätt wissenschaftlich begleiten, auch die Grenzen solchen staatlichen Handelns: Bestimmte Regionen, bestimmte Gruppen (solche nämlich, die allemal reich an sozialem Kapital und Engagementbereitschaft sind) profitieren mehr als andere, auch der Missbrauch durch alte Seilschaften ist nicht völlig auszuschließen.

Dennoch handelt es sich hier um die ersten Schritte auf einem Weg der Neubestimmung des Verhältnisses von Staat und Bürgergesellschaft. 444 Bewerbungen aus den als so lethargisch und lamoyant verleumdeten neuen Bundesländern zeigen, auf wie viel Resonanz es trifft, wenn Menschen als Subjekte ihrer Region ernst genommen und angesprochen werden. Als besonders fruchtbar und innovativ haben sich dabei solche Netzwerke erwiesen, in denen Menschen mit verschiedenem beruflichen und sozialen Hintergrund zusammenarbeiten. Um sie an einen Tisch zu bekommen, müssen aber nicht selten zuerst wechselseitige Vorurteile aus dem Weg geräumt werden – und auch dies gelingt leichter, wenn geeignete Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grund ist es etwa in den USA zur Gründung von bundesweiten Vermittlungsinstitutionen wie dem 'United Way' oder 'Points of Light' gekommen. Weiterhin hat man etwa die Vergabe staatlicher Fördergelder an Nichtregierungsorganisationen daran gebunden, dass sich diese mit einem Unternehmen ihrer Wahl vernetzen und sich dabei das notwendige Management-know-how aneignen. Geeignete Rahmenbedingungen haben ganz wesentlich zur Professionalisierung der Arbeit von NGOs, zur Erhöhung der sozialen Kompetenz von Unternehmen und ganz allgemein zum Wachstum fruchtbarer Austauschbeziehungen in der Gesellschaft beigetragen.

Schluss

Das Gesagte darf nicht als Herabsetzung des klassischen Ehrenamtes im Sinne kontinuierlichen Engagements in Vereinen und Verbänden, in Kirchengemeinden und Gewerkschaften, in Feuerwehr und Selbstverwaltungsorganisationen verstanden werden. Wir erkennen heute die positive Bedeutung solchen Engagements für das 'soziale Kapital' einer Region erst in vollem Umfang; es wird auch

weiterhin seine wichtige Rolle spielen. Doch empirische Befunde weisen auf eine bröckelnde Basis. Realistischerweise bedürfen klassischen Formen des Ehrenamtes angesichts der gewachsenen Aufgaben im 21. Jahrhundert der Erweiterung und Anpassung an veränderte Bedürfnisse und Lebenslagen. Das Wort von der Wichtigkeit der 'biographischen Passung' (Thomas Olk) trägt dem Umstand Rechnung, dass verschiedene Lebensphasen (Ausbildung, Berufsanfängerphase, Elternphase, Wiedereintritt in die Arbeitswelt, Übergang ins Rentenalter etc.) unterschiedlicher Angebote bedürfen. Es bedarf mithin auch einer Pluralisierung der Engagementformen, wenn möglichst viele Bürger erreicht werden sollen.

Neuere empirische Ergebnisse sind in ihrer Eindeutigkeit geradezu frappierend: Sozial und ehrenamtlich engagierte Menschen leben länger und zufriedener, sie sind gesünder, leistungsstärker und erfolgreicher als ihre einzelgängerischen Zeitgenossen. Regionen mit intensiver Sozialkultur sind administrativ effizienter, kulturell lebendiger und sogar ökonomisch erfolgreicher – was in der Wissenschaft den Begriff des 'Sozialen Kapitals' geprägt hat.

Diese Befunde stellen die Politik, aber auch uns alle als mitverantwortliche Bürger vor neue Herausforderungen. Die Überwindung der grassierenden Beziehungslosigkeit, die insbesondere jugendliche und ältere Menschen, aber auch schlecht ausgebildete und Randgruppen immer stärker bedroht, muss uns allen ein Anliegen sein. Investitionen in eine lebenswertere, weil beziehungsreichere und engagiertere Gesellschaft fallen nicht vom Himmel: Sie erfordern Entscheidungen auf allen Ebenen und in allen gesellschaftlichen Sachbereichen.

Angela Merkel

Freiwillige Bürgerarbeit für eine demokratische Gesellschaft

Ehrenamtliche Arbeit und bürgerschaftliches Engagement finden meist eher im Hintergrund statt. Menschen setzen sich für Menschen ein ohne Aufhebens um das, was sie tun. Dabei ist es in hohem Maße dieses persönliche, freiwillige Engagement, das die Gesellschaft zusammenhält, das sie lebendig und lebenswert macht. Im wahrsten Sinne des Wortes gilt hier: Bürger machen Staat.

Kommunen und Kirchengemeinden, Jugendarbeit und Naturschutz, Selbsthilfe und Pflege, und auch die Politik: Ohne bürgerschaftliches Engagement wäre diese Gesellschaft ärmer und kälter. Deshalb ist es gut, dass es so viel ehrenamtlich engagierte Bürger in Deutschland gibt. Staat und Gesellschaft schulden ihnen Anerkennung und Dank – aber nicht nur das. Der Staat muss vielmehr wirklicher Partner des bürgerschaftlichen Engagements sein.

Ehrenamt macht nicht reich, aber es bereichert – den Einzelnen und die ganze Gesellschaft. Dies ist unbestritten, wenn man sich vorstellt, wie dieses Land ohne ehrenamtlich tätige Bürger aussähe. Sie sind der kreative und menschliche Nährboden der Gesellschaft. Die Politik ist daher gut beraten, alles dazu beizutragen, dass dies auch in Zukunft so bleibt.

Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2001 zum Internationalen Jahr der Freiwilligen ausgerufen. Wir christliche Demokraten wollen dieses Jahr nutzen, um ehrenamtliches Engagement zu fordern – und es zu fördern. Das wird die CDU Deutschlands mit einer besonderen Kampagne und einem von ihr ausgelobten „Bürgerpreis“ tun.

Warum das? Weil bürgerschaftliches Engagement ein zentrales Thema ist. Hier bei uns in Deutschland leben und verwirklichen Menschen Werte: Solidarität und Subsidiarität, das heißt im Miteinander der Menschen zu leben und Eigenverantwortung zu übernehmen. Dies sind nicht nur die Grundlagen allen ehrenamtlichen Tuns – es sind zugleich auch bedeutsame Elemente des christlichen Menschenbildes, das das Fundament des politischen Handelns der CDU Deutschlands ist.

Denn auch in einer individualisierten Gesellschaft bleiben Menschen auf das Miteinander in der Gemeinschaft angewiesen. Im christlichen Verständnis vom Menschen stehen seine Freiheit und Eigenverantwortung nie allein, sondern sind stets eingebunden in das Zusammenleben mit anderen Menschen. Jeder Mensch ist auf die Solidarität anderer angewiesen. Kein Sozialstaat kann das ersetzen.

Es ist deshalb überaus wichtig, dass eine Partei wie die CDU und die Konrad-Adenauer-Stiftung ihren Beitrag zur Stärkung von bürgerschaftlichem Engagement und Ehrenamt leisten.

Gerade die aktivsten Befürworter und Akteure im Bereich des freiwilligen Engagements sprechen weniger vom Ehrenamt, sondern vom umfassenderen Begriff des Bürgerengagements oder der Freiwilligenarbeit. Das ist zutreffend, denn das Ehrenamt ist im Wandel begriffen.

Bei allen Trends und Tendenzen zur Individualisierung und Mobilität bestätigt die Sozialforschung: Das Bedürfnis nach solidarischem und sinnvollem Handeln bleibt erhalten. Und das ist gut so! Die empirischen Befunde sprechen eine klare Sprache. Sie kommen durchgängig zu dem Ergebnis, dass freiwilliges Engagement nicht weniger wird – im Gegenteil, es hat erfreuliche Zuwächse zu verzeichnen.

Die vom Bundesfamilienministerium frisch veröffentlichten Zahlen einer umfassenden Erhebung haben das bewiesen:

- 34 Prozent, ein gutes Drittel aller Bundesbürger über 14 Jahre, sind ehrenamtlich aktiv. Das sind über 20 Millionen Menschen. Ehrenamt ist also kein Thema, das nur einen kleinen Teil der Gesellschaft berührt. Es berührt alle.
- Andere Studien (Sozioökonomisches Panel SOEP) weisen aus, dass in der Zeit von Mitte der 80er bis Mitte der 90er Jahre der Anteil der ehrenamtlich tätigen Bürger um fast 10 Prozent gestiegen ist. Ehrenamt ist demnach ein Thema voller Aktualität.
- Die stärksten Steigerungsraten verzeichnen gerade Frauen und die Gruppe der 40- bis 60-jährigen, also Gruppen, die in der Vergangenheit weniger im Vordergrund standen. Ehrenamt ist ein Thema in Bewegung, dessen Bedeutung gerade für eine Gesellschaft, in der es in Zukunft mehr und mehr ältere Menschen geben wird, steigen wird.

Hinzu kommt: Nie waren die Initiativen so vielfältig wie heute. Natürlich bleibt das Ehrenamt im Sportverein oder der Elternpflegschaft ebenso wichtig wie die Freiwillige Feuerwehr oder der Kirchenchor. Aber über diese klassischen Formen hinaus ist die Vielfalt beeindruckend. Die Menschen engagieren sich in Freiwilligenagenturen und Bürgerbüros, beim Denkmalschutz, in Stadtteilarbeit und Bürgerinitiativen, in Agenda-21-Gruppen und Umweltinstitutionen.

Der Anteil derjenigen, die sich jahrzehntelang in ein und demselben Verein engagieren, kann in einer so dynamischen, mobilen Ära kaum konstant bleiben. Gerade junge Leute suchen eher das zeitlich begrenzte, projektorientierte Arbeiten. Aber allen Unkenrufen zum Trotz bedeutet der Wandel des Ehrenamtes keineswegs, dass seine Bedeutung zurückgeht – nicht für die Menschen und auch nicht für die Gesellschaft. Mehr denn je ist das Ehrenamt heute ein riesiger Ideenspeicher und großer Kreativitätspool. Und das können wir in einer Zeit, in der so vieles im Wandel begriffen ist, gut gebrauchen. Freiwilliges Engagement wirkt auch als ein Seismograph für Veränderung. Gerade die jüngste deutsche Geschichte ist dafür das eindrucksvollste Beispiel.

Erfolgsgeschichte Ehrenamt in Ostdeutschland

In gewisser Weise war es bürgerschaftliches Engagement, durch das der dramatischste Umsturz eingeleitet wurde, den Deutschland in den letzten Jahrzehnten erlebt hat, nämlich die Wende in der DDR 1989/90.

Die Bürger haben um den öffentlichen Raum gekämpft und um das Recht, ihre Meinung und ihre Anliegen umzusetzen. Dabei gab es nicht nur die großen Montagsdemonstrationen, sondern – gerade in den Kirchen – viel kleine Gruppen und Zirkel, die ihren Beitrag zur friedlichen Revolution geleistet haben.

Und auch beim Wieder-Erstarken einer Zivilgesellschaft in den Neuen Ländern hat ehrenamtliches Engagement – in Ost und West – eine entscheidende Rolle gespielt.

Die großartige und vielfältige Solidarität, die auch auf dem Gebiet des ehrenamtlichen Engagements in den letzten zehn Jahren auf allen Ebenen zwischen alten und neuen Ländern geleistet wurde, gehört dabei zu den schönsten und bereicherndsten Erfahrungen nach zehn Jahren Deutscher Einheit.

Gemeinsinn, also das Bemühen, über die Verbesserung der eigenen Lage hinaus auch die Situation des gemeinschaftlichen Lebens und seine Grundlagen zu stärken, war vordringliche Aufgabe in den neuen Ländern. So entstand eine großartige gemeinsame Leistung, zu der beide Teile das Ihre beigetragen haben. Jeder, der heute die neuen Länder mit offenen Augen betrachtet, wird das Resultat positiv werten.

Die SED hatte über Jahrzehnte davon gelebt, die Substanz, auf der sich eine Gesellschaft aufbaut und deren Grundlagen sie nicht selbst schaffen kann, zu zerstören. Das aber ist in 40 Jahren nicht gelungen. Die Leistung und das Leben der einzelnen Menschen in der DDR zeichnet sich dabei dadurch aus, dass sie versucht haben, unter den Bedingungen eines Unrechtsstaates ein aufrechtes Leben zu führen, jedenfalls die große Mehrheit.

Dass es gelungen ist, in 40 Jahren Sozialismus trotz eines diktatorischen Systems aufrechtes Familienleben und kirchliche Bindungen zu erhalten, ist eine der großen Leistungen der Menschen in den neuen Bundesländern.

Auf diese gesunden Wurzeln konnten die Menschen in den neuen Bundesländern seit der Wende aufbauen – aus ihnen konnten neue Ansätze für eine starke Bürgergesellschaft wachsen. Und sie haben bereits viele neue Früchte getragen. Die erfreulichste Entwicklung ist, dass es heute in den neuen Bundesländern eine Welle von persönlichem, privatem und vereinsrechtlichem Engagement gibt, wie dies in seiner Vielfalt vor zehn Jahren nicht absehbar war.

Was heute in Heimatvereinen, Freiwilligen Feuerwehren, Musikvereinen, Selbsthilfegruppen und Sportvereinen an persönlichem freiwilligem Engagement auf der Tagesordnung steht, war vor zehn Jahren nicht vorstellbar. Es zeigt sich, dass die Entscheidung der Menschen, ihre Kreativität zu nutzen und sich für unsere Gesellschaft einzusetzen, gerade auch in den neuen Bundesländern wieder eine Heimstatt gefunden hat. Deshalb müssen alle Bemühungen gestärkt werden, die dies unterstützen.

Sozialkapital nicht binden, sondern fördern

Mit anderen Worten: Das Sozialkapital der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2000 ist phänomenal. Es ist breit gestreut und wächst. Mehr kann man sich nicht wünschen. Oder doch?

Es dürfte die vordringliche Aufgabe der Politik sein, die Bedeutung des Ehrenamtes, die Bedeutung des bürgerschaftlichen Engagements nicht nur zu erkennen sondern auch anzuerkennen.

Hier hat die rot-grüne Bundesregierung auf ganzer Linie versagt:

- mit einer Ökosteuer, die gerade die besonders trifft, die aktiv sind: Gerade im ländlichen Raum, wo Mobilität gewährleistet sein muss, werden engagierte

Menschen durch die Ökosteuer abgestraft. Steigende Heizkosten und damit auch steigende Mietkosten für Räume und Hallen tun ein Übriges,

- mit Gesetzen zu geringfügiger Beschäftigung (630-Mark-Gesetz) und Scheinselbständigkeit, die gerade für Vereine eine untragbare Bürokratisierung und für Engagierte finanzielle Einbußen bedeuten,
- mit einer völlig unzureichenden Novellierung des Vereinsförderungsgesetzes, die weit hinter dem zurückgeblieben ist, was die CDU-geführte Bundesregierung umsetzen wollte. Halbherzigkeit ist gerade bei den Vereinen, die noch immer das starke Rückgrat des freiwilligen Engagements darstellen, das falsche Signal, wenn man etwas für das Ehrenamt erreichen will.

Ehrenamt darf nicht nur persönliche und private "Ehrensache" sein, sondern muss auch von staatlicher Stelle aus gefördert werden. Im "Internationalen Jahr der Freiwilligen" 2001 fordert die CDU Deutschlands deshalb den Durchbruch zu besseren Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement. Bürokratische Hürden müssen beseitigt werden. Dieser Aufgabe wird Rot-Grün nicht gerecht. Vollmundige Worte und bunte Kongresse können politisches Handeln nicht ersetzen.

Mehr denn je ist dafür zu sorgen, dass die zentrale Stellung des Ehrenamtes, die zentrale Rolle, die freiwillig engagierte Bürger in der Gesellschaft spielen, allen bewusst wird. Und es muss auch dafür Sorge getragen werden, dass sich freiwilliges Engagement optimal entfalten kann.

Ansatzpunkte dafür gibt es genug: Ein erster produktiver Beitrag wäre, die K.O.-Steuer abzuschaffen und rot-grünen Bürokratismus beim 630-Mark-Gesetz und der Scheinselbständigkeit wieder einzufangen.

Darüber hinaus sind es auch die Unternehmen, die gefordert sind. In den USA ist der Begriff der ‚Corporate Citizenship‘ gang und gäbe. Auch Unternehmen können einen positiven Beitrag zur Wir-Gesellschaft leisten, in dem sie sich selber engagieren – durch Stiftungen beispielsweise. Aber auch, indem sie es ihren Mitarbeitern erleichtern, bürgerschaftliches Engagement zu entfalten, etwa durch

Freistellungen. Freiwilliges Engagement sollte auch im Lebenslauf viel mehr als bisher als positiver Faktor gewertet werden.

Ziel: Die Wir-Gesellschaft

Ehrenamt heißt aktiver Bürger sein. Es bedeutet Teilhabe. Und um Teilhabe geht es. Wir wollen die "Wir-Gesellschaft". Wir wollen eine Gesellschaft, die über das eigene Interesse des Einzelnen und die organisierten Interessen des Verbändestaates hinausgeht. Eine Gesellschaft von Bürgern, die miteinander und füreinander aktiv sind und ihr Lebensumfeld ein gutes Stück weit in die eigenen Hände nehmen.

In den letzten Zeit wurde verstärkt darüber diskutiert, was es heißt, ein Bürger dieses Landes zu sein und welchen Bezug dieser Bürger zu seinem Land haben soll. Bei dieser Debatte geht es auch um die Identität als Bürger. Und es ist sicher, dass gerade freiwilliges Engagement, das ehrenamtliches Wirken viel zur Identität und zur Identifikation mit der Gesellschaft, in der wir leben, beiträgt.

Denn bürgerschaftliches Engagement heißt beides: die Freiheit zur Gestaltung wahrzunehmen, die wir als Bürger in der Demokratie haben. Und auch die Verantwortung wahrzunehmen, die mit dieser Freiheit einhergeht.

Dabei geht es um persönliche Entfaltung und um Solidarität für andere. Engagement und Selbstentfaltung passen ebenso zusammen wie Engagement und Gemeinsinn. Freiheit ist in unserem Verständnis eben keine Beliebigkeit, sondern Freiheit und Bindung.

Bürgerschaftliches Engagement hat also eine ganz besondere Bedeutung für die Demokratie.

Die Rolle der Parteien

Natürlich sind auch die Parteien – und gerade eine große Volkspartei wie die CDU – ein wichtiger Bestandteil der Infrastruktur des bürgerschaftlichen Engagements. Politisches Engagement ist fast immer zuerst freiwilliges Engagement. Für die Parteien ist dieses bürgerschaftliche Engagement unverzichtbar, denn an der Basis entwickeln sich die politischen Talente von morgen.

Wenn die empirischen Befunde zeigen, dass es gerade politische Aktivitäten nicht leicht haben, Nachwuchs zu rekrutieren, dann ist das eine alarmierende Botschaft.

Die CDU will daher mit ihrer Parteireform ihren Beitrag dazu leisten, dass politisches Ehrenamt wieder attraktiver wird. Mitgliedschaft auf Probe, transparente Entscheidungen, stärkere innerparteiliche Demokratie – all das sind Instrumente, mit denen die CDU versucht, den veränderten Wünschen derjenigen entgegen zu kommen, die sich engagieren wollen.

Denn nirgendwo wird die überragende Bedeutung des Ehrenamtes nicht nur für unsere Gesellschaft, sondern für unsere Demokratie deutlicher als bei der Frage des freiwilligen Einsatzes für die Bürgerschaft im engeren Sinne, also für die Politik.

Bei aller – auch berechtigter – Kritik an den Parteien gilt doch: Parteien bleiben unverzichtbar, denn keine andere Einrichtung kann Meinungen, Sichtweisen und Interessen aufnehmen, bündeln und in Dialog und Debatte auch mäßigen und auf das Gemeinwohl hin prüfen wie die Parteien.

Das bedeutet nicht, dass neben der parlamentarischen und repräsentativen Demokratie, in der gerade die Volksparteien unverzichtbar sind, auch Formen direkterer Beteiligung stehen können.

Es spricht vieles dafür, die Rolle des Bürgers dort zu stärken, wo er den Sachverhalt aus eigener Anschauung kennt, also in der Kommune oder im Land.

Auf kommunaler Ebene sind die Sachverhalte weniger komplex und handgreiflicher, zum Beispiel die Frage, ob und wo ein neues Schwimmbad gebaut werden soll im Vergleich zu Fragen der Außenpolitik. Die Betroffenheit ist unmittelbar. Die Informationsbeschaffung ist einfacher. Deshalb können Bürgerentscheide auf kommunaler Ebene nicht mit der Bundesebene verglichen werden.

Möglichkeiten für mehr erlebbare Demokratie gibt es reichlich: angefangen von einem stärker personenbezogenen Wahlrecht auf kommunaler Ebene bis hin zur Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten. Auch das zum Beispiel in Baden-Württemberg übliche Kumulieren und Panaschieren der eigenen Stimmen ist eine derartige Möglichkeit.

Damit tun sich CDU-regierte Länder im übrigen sehr viel leichter. In NRW musste dieses stärkere Mitwirkungsrecht von der CDU gegen die SPD erstritten werden. Den Durchbruch hat die SPD im übrigen verhindert (denn Kumulieren und Panaschieren sind weiterhin unmöglich).

Wer es ernst meint mit mehr direkter Demokratie und mehr direkter Beteiligung der Bürger, der muss zunächst solche Reformen auf kommunaler Ebene zulassen und vorantreiben. Das tut die CDU.

Heute, in der Ära der Freiheit, ist bürgerschaftliches Engagement wichtiger und bedeutender denn je. Denn das diktatorische Gegenbild, das die kommunistischen Länder für die Demokratien immer dargestellt hat, existiert heute nicht mehr. Gott sei Dank! Aber das bedeutet auch, dass die Ordnung der Freiheit auch ohne das Gegenbild, von dem sie sich abgrenzen kann, ihre Bindungsfähigkeit aus eigener Kraft erweisen muss. Und bürgerschaftliches Engagement ist ein gutes Maß dafür, wie gut oder wie schlecht ihr das gelingt. Es gibt Grund, optimistisch zu sein, aber es ist auch nicht zu verkennen, dass man diese Kultur des freiwilligen Einsatzes miteinander und füreinander pflegen muss.

Markt und Menschlichkeit heißt die Herausforderung heute. Bürgerschaftliches Engagement ist dabei ein wichtiger Bestandteil einer menschlichen Gesellschaft.

Fest steht: Ohne Ehrenamt gibt es keine wirkliche Teilhabe-Gesellschaft, ohne bürgerschaftliches Engagement keine wirkliche Wir-Gesellschaft. Denn Ehrenamt bedeutet auch, sich die Gesellschaft ein Stück zu eigen machen, sich einbringen, die Anonymität verlassen, miteinander leben.

Dabei sollte nicht vergessen werden: Engagement, Verantwortung, Eigeninitiative, Solidarität – all das, was in der ehrenamtlichen Tätigkeit so wichtig ist, sind keine Selbstverständlichkeiten. Es gilt vielmehr, dieses Wertefundament zu pflegen, auf dem die aktive Bürgergesellschaft steht.

Das ist die Herausforderung, vor der die Gesellschaft insgesamt steht, aber auch und gerade die Politik. Im Jahr der Freiwilligen wird sich zeigen, wer es wirklich ernst meint mit aktiver Bürgergesellschaft.

Christa Thoben

Bürgerfreundliche Kommunen und Ehrenamt

Grundidee der kommunalen Selbstverwaltung ist, dass die lokale Gemeinde ihren Bürgern eine gute Heimat ist und dass sowohl das für die Daseinsvorsorge der Bürger, als auch für die Zukunftssicherung der lokalen Gemeinde Erforderliche geschieht. Hier vor Ort erleben die Menschen ihre Gestaltungs- und Freiheits-spielräume. Dort ist zu erfahren und zu erleben, was Subsidiarität, Spielraum, Chance, Befähigung der kleinen Einheiten tatsächlich bedeuten können.

In den letzten Jahrzehnten hat sich eine gewisse Schieflage zwischen der bestehenden Bereitschaft der Bürger entwickelt, sich in die Gesellschaft einzubringen, und den Möglichkeiten, die ihnen dazu geboten werden. Dadurch werden die Kräfte des Einzelnen und der Gesellschaft geschwächt bzw. nicht ausgeschöpft. Gerade in Zeiten beschleunigten Wandels und zunehmender Globalisierung suchen die Menschen verstärkt nach Überschaubarkeit, nach Identifikationspunkten, nach Heimat. Ihre Fähigkeit und Bereitschaft, mitzutun, sich einzubringen, müssen deshalb in das Zentrum politischer Überlegungen gerückt werden, damit die Politik sich für deren Bedingungen und Anreizsysteme stark macht, sie den Bürger in seiner Selbstverantwortung und seinen Fähigkeiten ernst nimmt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts müssen wir deshalb an einem erneuerten Selbstverständnis von Bürger und Staat, von Rechten und Pflichten arbeiten.

Die CDU will keine Gesellschaft, die nur vom Staat oder von ökonomischen Interessen dominiert wird. Wir sehen es als eine zentrale politische Aufgabe an, jene Räume zu schaffen und zu schützen, in denen Menschen freiwillig – aber nicht privat – öffentlich wirksam werden, ohne unter staatlicher Regie tätig zu sein. Das 21. Jahrhundert braucht eine neue Balance zwischen Staat, Markt und Gesellschaft. Es erfordert insgesamt eine neue soziale und bürgerschaftliche Kultur. Die neue bürgerschaftliche Kultur braucht eine Ordnungspolitik, die ihre

Aufgabe darin sieht, Hindernisse zu beseitigen und günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit ehrenamtliche, freiwillige bürgerschaftliche Aktivitäten sich optimal entfalten können.

Längst handelt es sich bei den vielfältigen privaten Initiativen vor Ort nicht nur um die traditionellen Formen des Ehrenamtes. In Deutschland sind Millionen von Bürgerinnen und Bürgern ehrenamtlich tätig in Vereinen und Verbänden, in Initiativen und Selbsthilfegruppen, in Gewerkschaften und Parteien, in kulturellen und sozialen kirchlichen und politischen Gemeinschaften und nicht zuletzt im sportlichen Bereich.

Das Ehrenamt hat Tradition und Zukunft. Viele Potentiale für ehrenamtliches Engagement liegen noch brach. Die Bereitschaft der Menschen und die politisch gesellschaftlichen Arrangements passen häufig nicht mehr zusammen. Die einen engagieren sich aus christlichen Motiven der Nächstenliebe. Barmherzigkeit, religiöse Orientierungen und Verwurzelungen haben Caritas und Diakonie gegründet und getragen und sind noch immer in unserer Gesellschaft lebendig. Andere engagieren sich auch deshalb, weil sie aktiv teilhaben wollen am Leben der Gemeinde, weil sie Lebenssituationen gemeinsam besser bewältigen oder sich sozial einbringen und verdeutlichen wollen. Viele werden ganz einfach deshalb aktiv, weil es Spaß macht, Dinge selber zu regeln. Die einen suchen nach wie vor das dauerhafte Engagement in Organisationen und Verbänden, eine wachsende Anzahl zieht die Mitarbeit in Projekten und Initiativen vor. Für alle gilt: Helfen macht Freude. Aber Vorschriften und Reglementierung dürfen die Menschen nicht entmutigen, wie das so oft der Fall ist.

Eine starke Demokratie in den Städten und Gemeinden drückt sich nicht nur in Wahlen und Abstimmungen, nicht nur in Rechten und Ansprüchen, sondern verstärkt in sozialer Teilnahme und Teilhabe am Gemeinwesen aus. Aktive Bürger realisieren den partizipativen Anspruch der Demokratie, indem sie die öffentlichen Dinge und die sozialen Angelegenheiten nicht einfach an den Staat oder die Kommune delegieren, sondern wieder verstärkt in Eigenverantwortung wahrnehmen.

Ehrenamtliche Aktivitäten in Vereinen und Projekten des bürgerschaftlichen Engagements wie Freiwilligenagenturen, Seniorengenossenschaften, Mütterzentren, Selbsthilfeinitiativen brauchen Unterstützung, brauchen wie wirtschaftliche Unternehmen und Selbständigeninitiativen eine Infrastruktur.

Diese Infrastruktur besteht aus staatlichen Rahmenbedingungen, die zum Beispiel in Fortentwicklung des Gemeinnützigkeitsrechts bis zu großzügigerer Freistellung begrenzter Aktivitäten von bestimmten Steuerpflichten reichen.

Vor Ort geht es um sehr praktische Fragen:

- flexiblere Raumnutzung in Schulen und sonstigen kommunalen Einrichtungen (einschl. pauschaler Haftpflichtversicherungen),
- „Maklerbüro“ – soweit es nicht privat entsteht – anregen und initiieren, indem über zweckmäßige Organisationsformen und -kenntnisse für Selbsthilfeorganisationen informiert wird,
- Werbung für ein neues Verständnis zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen in kommunalen Einrichtungen (Schulen, Krankenhäusern, Altenheimen),
- öffentliche Anerkennung für die, die bestimmte auftretende Probleme schlicht selber lösen und Formen finden, selbst wenn sie zunächst etwas ungewohnt erscheinen,
- stärkere Berücksichtigung von Tätigkeiten jenseits der Erwerbsarbeit in der Berufsbiographie,
- „Bevorzugung“ derer, die zum Beispiel Freiwilligenarbeit in der Altenbetreuung leisten bei der Vergabe von Altenheimplätzen und/oder sonstigen Vergünstigungen.

Diese neue Kultur braucht Wirtschaft und Unternehmen, die Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements als Kernstück unserer Demokratie ebenfalls begreifen, bei ihrer Personalauswahl und Beurteilung schätzen und berücksichtigen. Gute Beispiele aus den USA mögen Hinweise sein, dass Zeit für soziales Engagement, für bürgerschaftliches Mittun keine verlorene Zeit ist.

Unsere offene freiheitliche Gesellschaft lebt davon, dass Menschen mittun, dass Menschen etwas wollen, dass sie selber Gestaltungswillen haben. Sie lebt davon, dass Menschen zu dieser Art Freiheit und Verantwortung fähig sind, ja sie suchen, wenn die Rahmenbedingungen stimmen. So wie es von Zeit zu Zeit notwendig ist, über die Geeignetheit der Rahmenbedingungen für unternehmerische Selbständigkeit im Zuge von Veränderungen, von Wandel von internationalem Wettbewerb zu reden und neue Antworten zu finden, so gilt dies noch viel mehr für das bürgerschaftliche, für das ehrenamtliche Engagement. Je mehr abseits stehen und nicht mitmachen, desto ärmer wird die Gesellschaft, ja sie verliert die Chance, auf Dauer zu leben.

Die CDU will eine neue Ordnungspolitik als Teil und Ausdruck eines anderen Verständnisses staatlicher und kommunaler Tätigkeit. Dieses Staatsverständnis ist die andere Seite des Menschenbildes der CDU. Alle Menschen, junge wie alte, erwerbstätige wie arbeitslose, haben Fähigkeiten, die sie einbringen können und die das Gemeinwohl bereichern. Unser Menschen- und Gesellschaftsbild orientiert sich an Fairness und Vielfalt. Man wählt eine Gesellschaft wechselseitiger Verpflichtungen. Diese erleben Menschen vor Ort in ihrer Kommune. Deshalb gilt es, den Staat vom Kopf auf die Füße zu stellen, vom Bürger aus zu durchdenken. Eine lebendige Demokratie braucht den aktiven Bürger. Deshalb ist das Befassen mit dem Thema „Kommune und Ehrenamt“ keine ausschließliche Referenz an das Jahr der Freiwilligenarbeit, sondern die zentrale Frage für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Die Autoren

Marie-Luise Dött, MdB

geb. 1953

Stellv. Vorsitzende der Enquete-Kommission
„Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“

André Habisch

geb. 1963

Professor für Christliche Gesellschaftslehre,
Katholische Universität Eichstätt
Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission
„Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“

Angela Merkel, MdB

geb. 1954

Vorsitzende der CDU Deutschlands

Christa Thoben

geb. 1941

Vorsitzende der Präsidiumskommission
„Spielraum für kleine Einheiten“ der CDU Deutschlands
Stellv. Landesvorsitzende der CDU NRW